

Zeitschrift: Zivilschutz = Protection civile = Protezione civile
Band: 45 (1998)
Heft: 5

Rubrik: Kantone = Cantons = Cantoni

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 15.10.2024

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

APPENZELL
AUSSERRHODEN

**Workshop «Frau und Sicherheit»
im appenzellischen Zivilschutzzentrum Teufen**

Sicherheitsbedürfnisse der Frauen sind anders

Auf Einladung der Koordinationsstelle für ausserordentliche Lagen im Kantonalen Amt für Bevölkerungsschutz AR und mitorganisiert von der Frauenzentrale AR trafen sich im Zivilschutzzentrum in Teufen interessierte Frauen aus Ausser- und Innerrhoden an einer Tagung zum Thema Sicherheit. Es stellte sich bald heraus, dass Frauen unter dem Begriff Sicherheit etwas anderes als Männer verstehen.

AXEL P. MOOG

Ziel der halbtägigen Tagung war es, die Teilnehmerinnen für Sicherheitsaspekte auf Stufe Kanton zu sensibilisieren, sie zu veranlassen, Sicherheitsaspekte in Behörden und Organisationen einzubringen und weiterzutragen sowie sie zur Mitarbeit zu bewegen. Als Grundlage dienten unter anderem der Eidgenössische Bericht «Frau und Sicherheitspolitik» sowie die Bestimmung des Bundes, in den Kantonen ein solches Ressort zu bilden und mit einer Frau zu besetzen.

Keine Militarisierung der Frauen

Ulrike Naef, Präsidentin der Frauenzentrale AR, hielt einleitend fest, dass mit einem Engagement der Frauen für die Sicherheit nicht eine Militarisierung der Frau gemeint sei. Die innere Sicherheit sei ebenso ernst zu nehmen wie die äussere, und Sicherheitspolitik sei keine Männerdomäne. Der Chef des kantonalen Führungsstabes AR und neue Kreiskommandant von Ausserrhoden, *Hans Saxer*, beurteilte Sicherheit als Grundbedürfnis des Menschen, mit dem jeder täglich zu tun habe.

An einem Beispiel von Zeitungsausschnitten zeigte er auf, dass zum Thema Sicherheit Verkehr, Finanzen, Versorgung, Migration, Ökologie und Datenschutz ebenso gehörten wie Überfälle und Einbrüche. Die Fragen gingen dahin, wieviel Sicherheit der Mensch brauche, und ob Sicherheit zwischen Mann und Frau teilbar sei.

Innerrhodens Kreiskommandant *Bruno Fässler* plädierte für eine aktivere Teilnahme der Frauen in der Sicherheitspolitik und erklärte, dass ein Mitwirken für die Gemeinschaft den Frauen auch persönliche Vorteile bringen könnte. Er vertrat die Ansicht, dass Frauen hilfsbereiter und einfühlsamer als Männer seien und sich deshalb für gewisse Sicherheitsaufgaben in Institutionen von Bund, Kantonen und Gemeinden besser eignen. Dieser Meinung wurde vehement widersprochen, könnten doch Frauen überall eingesetzt werden und in allen Bereichen etwas zur Sicherheit beitragen. Die aus Kreisen von Politik, Zivilschutz, Polizei, Spitex, Erziehung und Behörden stammenden Teilnehmerinnen diskutierten in zwei Gruppen die Aspekte von kollektiver und individueller Sicherheit. Es waren Risiken aufzulisten, von welchen man selbst betroffen sei, Mittel zu definieren, welche zur Bewältigung zur Verfügung stünden und was die Frauen selbst dazu beitragen könnten.

Der Mann als Hauptrisiko

Zur persönlichen Sicherheit zählen unter anderem die Sicherheit am Arbeitsplatz, im Wohnbereich, auf der Strasse, in der Partnerschaft, in der Freizeit und im finanziellen Bereich. In den Präsentationen der Gruppen wurden von den Teilnehmerinnen Sicherheitsrisiken vorgetragen, welche die Organisatoren bestimmt nicht erwartet hatten. Als Hauptbedrohung der Sicherheit wurden der Mann und die Abhängigkeit von ihm genannt. Die körperliche und seelische Sicherheit seien ebenso wichtig wie die wirtschaftliche, die Sicherheit in der Familie ebenso wichtig wie die Sicherheit im Alter. Gefahren gingen auch von Eingriffen in die persönliche Integrität (Datenschutz) und dem Abbau der Rechtsstaatlichkeit aus.

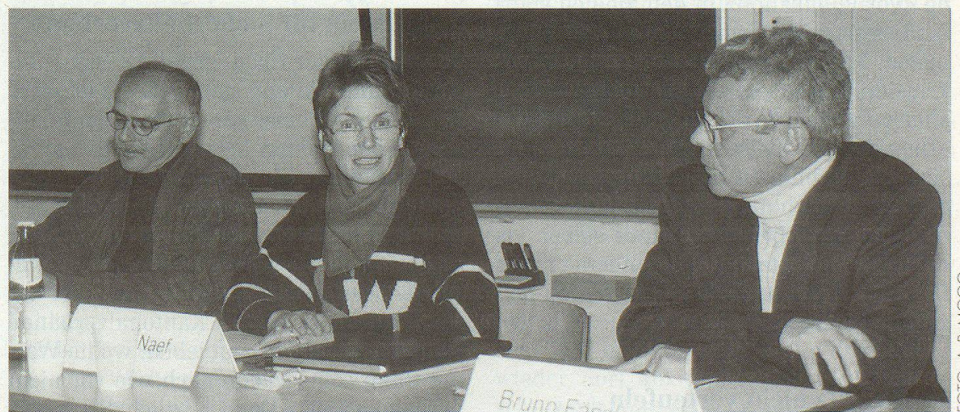
Mit einer Stärkung des Selbstvertrauens könnten viele Frauen ihr Leben besser

meistern. Schuld an der steigenden Aggressivität seien auch die Medien sowie gewaltfördernde Videospiele für Kinder. Neben präventiv wirkenden technischen Möglichkeiten zum Schutz vor Überfällen (zum Beispiel Videokameras in Parkhäusern) wünschte man mehr Information, wohin sich Frauen bei Gefahr wenden könnten, eine bessere Rollenverteilung und neue Arbeitszeitmodelle.

Vermehrtes Engagement gefordert

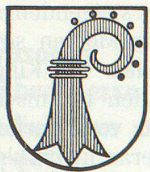
Eine Möglichkeit zur Erhöhung der Sicherheit sei die Behandlung der Konfliktbewältigung (beispielsweise in der Familie) als Schulfach. Die Frauenarbeit solle der Männerarbeit gleichgestellt sein, und generell sei bei Gewalt die Prävention besser als der Schutz. Zur Wahrung der Interessen der Frauen im Rahmen des Themas Sicherheit wurde ein vermehrtes Engagement der Frauen in der Politik gefordert. Frauen delegierten bisher die Gewalt, aber auch den Schutz vor ihr an Männer. Es sei für Frauen leider oft bequem, nichts zur Sicherheit beitragen zu müssen.

Hansjakob Eugster, Leiter der Ausserrhoder Koordinationsstelle für ausserordentliche Lagen, vertrat die Meinung, dass die Teilnehmerinnen der Gesprächsrunde Multiplikatoren zum Thema Frau und Sicherheit werden sollten. Die interessanten Sicherheitsaspekte aus Sicht der Frauen veranlassten die Tagung, eine Arbeitsgruppe von Frauen und Männern ins Leben zu rufen, welche die diskutierten Gedanken vertiefen und Massnahmen zur Bewältigung von Gefahren ausarbeiten soll. Als zu behandelnde Themen wurden Konfliktbewältigung und Migration vorgegeben. Die Arbeitsgruppe kann innerhalb der Ausserrhoder Sicherheitsdirektion angesiedelt sein. Das Amt für Bevölkerungsschutz AR wird den Teilnehmerinnen Unterlagen zustellen; anschliessend wird mit der Suche von Mitgliedern begonnen. ▣



Die Präsidentin der Frauenzentrale AR, *Ulrike Naef*, *Speicher*, begrüsst die Teilnehmerinnen. Neben ihr *Hans Saxer*, Chef des Kantonalen Führungsstabes AR (l.), und der Innerrhoder Kreiskommandant *Bruno Fässler*.

FOTO: A. P. MOOG



BASEL-LAND

**Mitgliederversammlung Basel-Landschaft
plädiert für Fusion**

Baselbieter Zivilschützer machen Baselstädtern Heiratsantrag

Der Basellandschaftliche Zivilschutzverband will mit jenem aus der Stadt die «Ehe» eingehen. Die Mitgliederversammlung beauftragte jedenfalls den Vorstand, Verhandlungen über eine Fusion mit dem Verband aus dem Stadtkanton aufzunehmen. Die Basler Zivilschützer werden über den Heiratsantrag ihrer Kollegen aus dem Baselbiet erst im Mai anlässlich ihrer Jahresversammlung befinden. Ein Thema an dieser Versammlung war auch der Bericht der Brunner-Kommission.

EUGEN SCHWARZ

Des Bundesamtes oberster Zivilschützer, der Baselbieter Paul Thüning, stuft das Arbeitspapier der Kommission Brunner als «sicherheitspolitische Lageanalyse» und keinesfalls als Lagebericht ein. Der Direktor des Bundesamtes für Zivilschutz nutzte die 29. Mitgliederversammlung des Basellandschaftlichen Zivilschutzverbandes vom 26. März als spontanes Forum für eine kurze Stellungnahme aus der eidgenössischen Amtsstube. Der heissdiskutierte Bericht sorgte auch ennet der beiden Hauensteine für noch heissere Köpfe.

Vor allen Dingen die Art und Weise, wie eine «Vor-Publikation» in den Medien stattfand, erhitzte die Gemüter. Auch der Baselbieter Kantonalpräsident Werner Zahn kritisierte diese «Vor-Verurteilung» heftig, allen voran jene in der «Sonntagszeitung». «Die voreilige «Falschmeldung» entpuppte sich im nachhinein als noch krasser, als dies der Text hatte vermuten lassen! Die Autoren schrieben sich damit selber ins «Offside» und taten niemandem einen Dienst, der zur sachlichen Diskussion beigetragen hätte!»

Zivilschutz nicht verteufeln

Es mache bestimmt Sinn, wenn man die schweizerische Sicherheitspolitik neu überdenke, begründete Paul Thüning sei-

nen Standpunkt. Dabei gelte es zu berücksichtigen, wenn man den Brunner-Bericht richtig interpretiere, dass weder alles umgebaut werde, noch dass man den Zivilschutz verteufeln wolle. «Aber eine Standortbestimmung ist immer gut, wenn man bereit ist, aus den Tatsachen dann auch die richtigen Schlüsse zu ziehen.»

Der Brunner-Bericht dürfe auch als Baustelle für die Zukunft der schweizerischen Sicherheitspolitik betrachtet werden. «Die Baselbieter und Basler Zivilschützer leisten mit ihren Heiratsabsichten einzelnen Forderungen in diesem Bericht denn auch Vorschub.» Optimierung des Ist-Zustandes sei etwa einer dieser Ansprüche an die Beteiligten des Sicherheitsdenkens, und diese werde mit dem geplanten Schulterchluss gerade erfüllt.

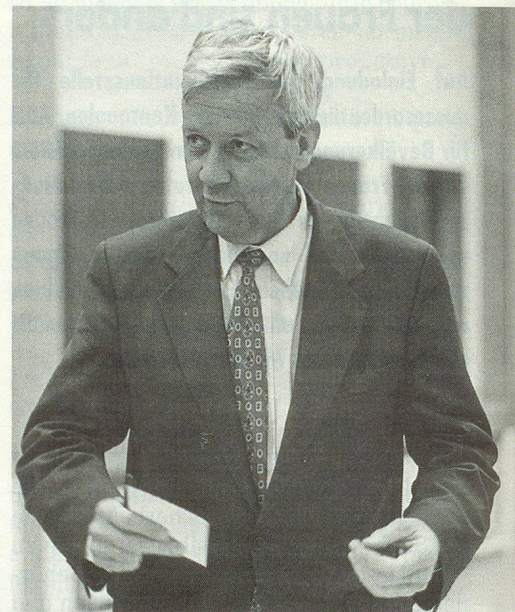
Fusionen statt Zuvielschutz

Der Vollzug des Berichtes der Brunner-Kommission bedinge auch ein gerüttelt Mass an evolutionärem und nicht nur revolutionärem Denken. Zudem würden Fusionen bald auch auf anderen Ebenen und Kreisen zum vordergründigen Thema werden, möchten die vielen Teilnehmer im Sicherheitsdenken ihre Zukunftsperspektiven gesichert sehen. «Schutz tut not, auch Zivilschutz, nicht aber Zuvielschutz.» Die 29. Mitgliederversammlung vom Freitag, 26. März, in Langenbruck hatte denn auch das Thema Fusion zum Inhalt. Die Absicht aber, dass die beiden Basel ihre Kantonalverbände miteinander fusionieren wollen, bewegte denn auch schon seit einigen Wochen die Gemüter hüben und drüben der Hüftenschanz. Das einstige freundschaftliche «Visionieren» zwischen den beiden Verbandspräsidenten Werner Zahn (Basel-Landschaft) und Alfred König (Basel-Stadt) hatte Formen angenommen, welche von den Mitgliedern nach einem Beschluss verlangten.

Grundstein für Sicherheitsverband

Wenngleich mit 15 Ja- gegen 12 Neinstimmen ziemlich knapp, gaben die Baselbieter als erste ihr Eheversprechen ab und bauten so den beiden heiratswilligen Kantonalvorständen ein Fundament für den Ehevertrag. Ihm schwebte zwar nach wie vor ein Sicherheitsverband vor – Militär, Samariter, Feuerwehr und Zivilschutz unter dem gleichen Verbandsdach –, aber mit der Fusion der beiden Kantonalverbände könne er gleichfalls gut leben, wollte Werner Zahn seine Vision nach wie vor nicht verheimlichen. «Doch letztlich legen wir mit der Verheiratung der beiden Kantonalverbände ebenfalls einen Grundstein zu diesem Gedanken.»

Mit der geplanten Fusion der beiden Zivilschutz-Kantonalverbände hoffe man Synergien besser nutzen zu können, begründete Werner Zahn den Heiratsantrag an die baselstädtischen Zivilschützer. «Als kleiner Verband verlieren wir je länger, je mehr an Gewicht bei unseren Verhandlungspartnern. Je grösser wir aber sind, um so stärker können wir auch politisch auftreten.» Trotz der Absage des Baselbieter Vorstandes an die Idee eines Sicherheitsverbandes gelte es dennoch, Zielver-



einbarungen unter den verschiedenen Sicherheitskräften aufzustellen und diese gemeinsam effizient und beharrlich umzusetzen. «Schadenerscheinungen machen weder vor Kantons- noch vor Verbandsgrenzen halt. Zu guter Letzt müssen diese sowieso im Verbund aufgearbeitet werden.»

Schlagkräftige Truppe – grenzenlos

Alfred König, Präsident des Basler Verbandes, plädierte als Gast in seinem Votum vehement noch einmal für die Verheiratung der beiden Kantonalverbände. «Damit schaffen wir eine schlagkräftige Truppe, die einerseits grenzüberschreitend tätig sein und im Ernstfall als unverzichtbarer Partner noch evidenter operieren kann.» Damit widersprach König auch Medienberichten, welche seine Absichten im Vorfeld zur Baselbieter Mitgliederversammlung als «Verwirrspiel des Basler Zivilschutzes» dargestellt hatten. «Als Verband beider Basel lassen sich die Gemeinsamkeiten der Zivilschützer in der Nordwestschweiz noch bestimmender vertreten.»

Der Baselbieter Regierungsrat Andreas Koellreuter, Vorsteher der Justiz-, Polizei- und Militärdirektion und in dieser Funktion auch oberster Baselbieter Zivilschützer,

wollte sich in seiner Begrüssungsadresse keinesfalls in die Diskussion um die Fusion einmischen. Dennoch deponierte er in seinem Statement die Bereitschaft, auch mit «kleineren Partnern» zu verhandeln. «Unabhängig von der Grösse hat der Baselbieter Zivilschutzverband bei mir immer jenes Gewicht, das zum Verhandlungserfolg notwendig ist. Gleiches gilt übrigens für alle Interessenvertreter.» Nicht die Verbandsgrösse sei für ihn wichtig, sondern die Personen, die man an den Verhand-

lungstisch schicke und setze. Hans Jürg Mürger überbrachte die besten Grüsse und den Dank des schweizerischen Zivilschutz-Dachverbandes für die wertvollen Aktivitäten der Baselbieter im vergangenen Geschäftsjahr. Der SZSV-Zentralsekretär rief die Anwesenden dazu auf, an der Vernehmlassung zu den Ideen der Strategiekommision Brunner mitzumachen.

Im zweiten Teil dieser Jahresversammlung gab Major Martin Kohler einige «Geheim-

nisse» zur Bewachung des Zionistenkongresses in Basel preis, sofern sie natürlich nicht andere, ähnlich gelagerte Sicherheitsdispositive kompromittierten oder gar nutzlos machten. In den Vordergrund seines Referates rückte der Kommandant des Füs Bat 99 die Chronologie des Einsatzes von seinen Grundgedanken an bis zum eigentlichen Bewachungsauftrag vor Ort und dem Rückzug der hochspezialisierten und sensibel ausgebildeten Sicherheitstruppe. ▢

Auch «Kleine» haben bei ihm immer Chancen: Andreas Koellreuter macht ein Verhandlungsgeschick nicht von der Verbandsgrösse abhängig.



Gaben sich vor der Hochzeit ziemlich skeptisch: die Baselbieter Vorstandsmitglieder Felix Auer, Fredy Ott und Kantonalpräsident Werner Zahn (von links).

FOTOS: FOTO TEAM SCHWARZ

Katastrophen abschaffen

ES. «Abtreten für 300 000 Zivilschützer» titelte Anfang Februar die «SonntagsZeitung» über angebliche Abbaupläne. Gemäss dem zu diesem Zeitpunkt noch unveröffentlichten Bericht über die Strategiekommision von Botschafter Edouard Brunner sollte der Zivilschutz auf einen «Rumpfbestand von 40 000 Gelbhelmen» reduziert werden. Zwischen den Zeilen des Zeitungsberichtes meinte man herauszuhören, dass damit der Zivilschutz jetzt am Ende sei. Hämisches Lächeln und grosse Schadenfreude machten sich auf den Gesichtern der ZS-Gegner breit über die bevorstehende «Liquidation der Geldverschleuderungstruppe». Eine Existenzberechtigung hatte der Zivilschutz ja sowieso eigentlich nie, da man ihm diese schon bei der Geburt verweigerte.

Endgültig abgesprochen hat man dem Zivilschutz seinen Daseinsanspruch spätestens dann, als man mit Sparmassnahmen begann, ihm den Schnauf häppchenweise abzdrehen. Den To-

tengräbern des Zivilschutzes müssen darum die Zeilen in der «SonntagsZeitung» jetzt wie das vielzitierte Engelläuten in den Ohren geklungen haben. Die «Wir haben's ja immer gesagt und gewusst»-Mentalität bekam noch mehr Aufwind.

«Dem Zivilschutz wurde die Daseinsberechtigung spätestens dann endgültig verweigert, als man damit begann, ihm häppchenweise den finanziellen Schnauf abzdrehen.»

Doch die Kritiker, aber auch die unzähligen Zivilschutzpflichtigen «wider ihren Willen», freuten sich etwas zu früh. Denn erstens kam es noch einmal anders als zweitens die voreiligen Publizisten es in der «SonntagsZeitung» gemeint hatten. Die Veröffentlichung des Brunner-Berichtes spricht zwar auch von einem massiven Abbau beim Zivilschutz, nennt aber keine Zahlen.

Das ist derzeit wohl auch nicht unbedingt relevant. Wichtiger ist, dass das Papier des Botschafters und seiner Strategiekommision eine Diagnose stellt und daraus auch Therapien zur Verbesserung der «mittel-

fristig planbaren Gesamtverteidigung» ableitet. Eine neue Sicherheitspolitik ist gefragt mit einem «Solidaritätskorps» für friedensfördernde Aktionen im Ausland.

Bundesrat Adolf Ogi könnte jetzt dem Bericht sofort zustimmen und das Layout für eine zukünftige Landesverteidigung unterschreiben. Damit dürfte der Verteidigungsminister den von der Strategiekommision skizzierten Vorstellungen am schnellsten und effizientesten gerecht werden. Doch es ist noch ein weiter Weg von der bestehenden Landesverteidigung bis zum Leben mit einem einschätzbaren Sicherheitspotential. Und steinig obendrein!

Vor allen Dingen gilt es aber dabei vorrangig zu berücksichtigen, dass, wenn der Zivilschutz je einmal abgeschafft werden sollte, man parallel dazu auch die Katastrophen liquidiert. Sonst macht die ganze Übung keinen Sinn, weil wir nämlich nach dem Ernstfall wieder dort anknüpfen, wo der Zivilschutz mit einer schmerzvollen Zangen- geburt schon einmal zur Welt gebracht wurde. ▢



BERN

Bald nur noch sechs Zentren für die Zivilschutzausbildung

Strategie Zivilschutz 2000

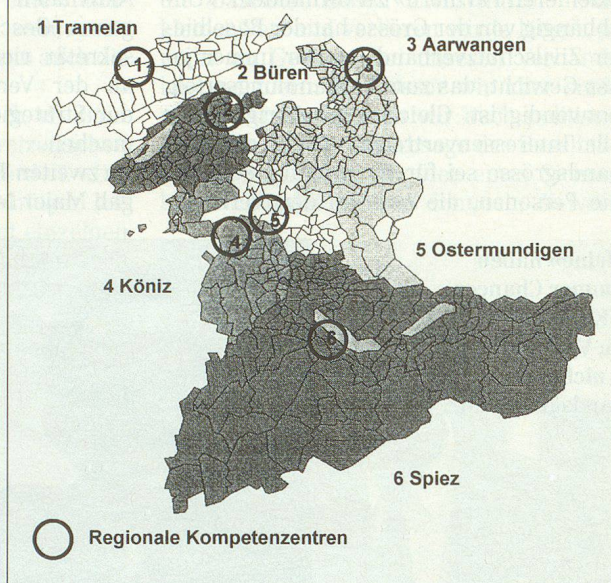
JM. Ab 1999 wird es für die Zivilschutzausbildung im Kanton Bern nur noch sechs Kompetenzzentren geben. Dies habe der Regierungsrat im November 1995 im Rahmen der Haushaltssanierungsmassnahmen entschieden, teilte das Amt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe (ABK) in seiner Medienmitteilung vom 12. März 1998 mit. Seine Tore schliessen, und zwar Ende dieses Jahres, muss auch das kantonale Ausbildungszentrum in Lyss. Nun sind die neuen Ausbildungsregionen mit den zugehörigen Gemeinden bestimmt:

Der Kanton Bern hat aufgrund der Zivilschutzreform 95 und unter dem Spardruck der Haushaltssanierungsmassnahmen eine «Zivilschutzstrategie 2000» in die Wege geleitet, welche unter anderem den Abbau von sechs regionalen Zivilschutzausbildungszentren sowie den Verzicht auf das kantonale Ausbildungszentrum in Lyss zum Inhalt hat. Im Juni 1997 wurden

durch den Regierungsrat jene sechs Zentren bestimmt, welche künftig als regionale Kompetenzzentren im Bereich der zivilen Sicherheit einerseits eine Koordinations- und Scharnierfunktion zwischen den Gemeinden und der Region, dem Amtsbezirk und dem Kanton zu übernehmen haben und andererseits die erforderliche Zivilschutzausbildung in der Region sicherstellen müssen. 400 Gemeinden waren von der Massnahme betroffen. Sie hatten sich für eine der sechs verbleibenden Ausbildungsregionen zu entscheiden. Mit Ausnahme der Stadt Bern (sie wird provisorisch zugeteilt) haben sich bis heute alle betroffenen Gemeinden zu einer Ausbildungsregion bekannt. Aufgrund der Anträge wurde heute die Regionszugehörigkeit gemäss beiliegender Liste (Karte) durch die Polizei- und Militärdirektion bestätigt. Die Kompetenzzentren nehmen offiziell ihre Tätigkeit im Januar 1999 auf.

Im Zusammenhang mit dem Bericht Brunner entsteht im Kanton Bern zurzeit kein neuer Handlungsbedarf. Die Strategie «Zivilschutz 2000» hat der Reduktion der Zivilschutzaktivitäten bereits umfassend Rechnung getragen. Der Zusammenschluss von kleinen Zivilschutzorganisationen zu grösseren, überörtlichen Organi-

Basierung der Gemeinden auf den Regionalen Kompetenzzentren (RKZ)



sationseinheiten liegt eindeutig im Trend. Der sicherheitspolitische Auftrag auf eidgenössischer Ebene erfordert nun eine grundlegende Diskussion und Definition der Aufgaben aller Partner. Bis ein neues Gesamtkonzept 200X vorliegt, wird man sich im Kanton Bern auf folgende Prioritäten konzentrieren: 1. Gefahrenanalyse, Katastrophen- und Nothilfe; 2. Differenzierte, auf die Bedürfnisse der Gemeinden ausgerichtete Massnahmen; 3. Reduktion der Aktivitäten für einen bewaffneten Konflikt. ▽

Die ZSO Stockental macht es vor

Zusammenschluss von vier Gemeinden

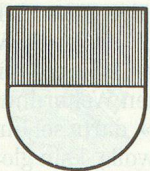
rei. «Sicherheit ist unteilbar» war im kantonbernischen Zivilschutz während langer Jahre das Credo, mit dem jedem Zusammenschluss zu grösseren Zivilschutzorganisationen über die Gemeindegrenzen hinaus der Riegel geschoben wurde. Unter diesem Aspekt ist der Zusammenschluss der Gemeinden Reutigen, Nieder- und Oberstocken sowie Zwieselberg zur neuen regionalen ZSO Stockental als Pioniertat zu werten. Die beteiligten Gemeinden erhoffen sich von diesem Schritt nicht nur Einsparungen, sondern auch mehr Professionalität.

Die Beschlüsse fielen an den Gemeindeversammlungen der vier Gemeinden im Dezember letzten Jahres. Noch nie zuvor hatten sich gleich vier Gemeinden aus verschiedenen Amtsbezirken im Kanton Bern zu einer ZSO zusammengeschlossen. Dieser Schritt war jedoch nicht zu umgehen,

damit die Gemeinden im Stockental in Zukunft überhaupt noch eine glaubwürdige und effiziente ZSO aufrechterhalten können. Insgesamt sind nun 107 Dienstpflichtige in der ZSO Stockental eingeteilt. Sie sind für den Schutz von 1750 Personen verantwortlich.

Der Zusammenschluss bringt insbesondere organisatorische Änderungen mit sich. So besteht die neue Organisation aus vier Blocks, nämlich einem pro Gemeinde. Vereinfacht werden vor allem die administrativen Bereiche sowie die Ausbildung. Weitere Vorteile sind das breitere Auswahlangebot für Kader und Mannschaft, die Effizienzsteigerung der Einsatzelemente sowie die EDV-unterstützte Organisation. Zudem müssen ausser einer Telefonanlage mit Kosten von 15 000 bis 20 000 Franken keine neuen Anlagen mehr gebaut werden.

Die Vereinfachung der Administration bringt den beteiligten Gemeinden auch Kosteneinsparungen. Niederstocken rechnet mit jährlichen Einsparungen von 5000 Franken, Reutigen als grösste Gemeinde mit 10 000 bis 15 000 Franken. ▽



SOLOTHURN

Solothurner Zivilschutz-Instruktoren- und Kadervereinigung tagte in Langendorf

Norbert Herzog neuer SZIV-Präsident

mhs. Nach einem recht turbulenten Jahr wählte die Solothurnische Zivilschutz-Instruktoren- und Kadervereinigung (SZIV) an ihrer Generalversammlung unter dem Tagespräsidium von Ehrenpräsident Peter Walther (Schönenwerd) seinen Vorstand mit dem neuen Präsidenten Norbert Herzog, derzeit wohnhaft in Romont. In der Vereinsleitung sind verblieben: Monika Andres (Hägendorf), Beat Inäbnit (Nunningen), Rolf Kaiser (Balsthal) und Hans Hebeisen (Subingen).

FOTO: M. A. HERZIG



Norbert Herzog (Romont), der neue Präsident der Solothurnischen Zivilschutz-Instruktoren- und Kadervereinigung (SZIV): «Mit klar formulierten Zielen in die Zukunft!»

Die SZIV hat sich aus der Erfahrung erheblicher Unterschiede in der Auslegung von Führungsmaximen heraus ein Leitbild gegeben, an dessen Erarbeitung der neue Präsident massgeblich beteiligt war. Dieses sieht generell eine stärkere Integration vor; unter Anwendung moderner Marketing- und PR-Instrumente will man dem Auftrag, die Idee des Zivilschutzes nach aussen zu vermitteln, verstärkt nachleben. Grosses Augenmerk gilt weiterhin dem ausserdienstlichen Erfahrungs- und Gedankenaustausch sowie der Pflege der Kameradschaft auch über die Kantons-grenzen hinaus: «Die Nordwestler» sind zu einem Begriff geworden – es sind dies die regelmässigen Zusammenkünfte der Instruktoren und Kader der Nordwestschweizer Kantone, die auch einen gemeinsamen Veranstaltungskalender führen. □

Die Solothurner Verbände tagten

Aus einer Gesamtschau heraus weiterbauen

Die Welt hat sich im Zeitalter der Globalisierung stärker verändert, als wir allgemein annehmen (wollen) oder wissen. Stefer Wandel prägt das Umfeld, in dem wir uns auch hinsichtlich notwendiger Veränderungen im Zivilschutz bewegen. Dabei ist zu beachten, dass Milizorganisationen noch lange nicht ausge-dient haben, der Zivilschutz 95 eine taugliche Basis ist und dass sich Schutzbedürfnisse nicht nach «Schema F» definieren lassen. Fazit: Der Zivilschutz muss eher um- als abgebaut werden.

MARK A. HERZIG

Der Verband Solothurnischer Chefs von Zivilschutz-Organisationen (VSOC ZSO) tagte Ende März in Solothurn, die Solothurnische Zivilschutz-Instruktoren- und Kadervereinigung (SZIV) in Langendorf (vgl. separate Berichte), wo anschliessend auch die Generalversammlung des Solothurnischen Zivilschutzverbandes (SOZSV) durchgeführt wurde.

Die statutarischen Traktanden des SOZSV wurden zügig behandelt, um so mehr Zeit verblieb, sich mit der Lage nach der Veröffentlichung und häufigen Fehlinterpretation des Brunner-Berichtes auseinanderzusetzen. Die Redner Ueli Bucher (Präsident SOZSV), Paul Thüring (Direktor BZS), Regierungsrat Thomas Wallner und Hans Bachofner (Divisionär a. D.) waren sich – auch ohne Absprache – einig: Es geht nicht an, das Kind mit dem Bade auszuschütten. Der Bericht ist eine Lageanalyse, die wenig zum Zivilschutz und dazu erst noch Wider-

sprüchliches bringt. Deshalb müssen jetzt die Fachleute ans Werk, um die Grundlagen für einen neuen Sicherheitsbericht bereitzustellen. «Der ZS 95 ist der erste Schritt in die richtige Richtung und bildet den Ausgangspunkt für den weiteren Weg zur Schaffung einheitlicher und etwas grossräumigerer Schutzorganisationen, auf dem wir nicht stehenbleiben werden», betonte BZS-Direktor Thüring. Dass Strukturveränderungen mitzutragen sind, hatte vor ihm schon Regierungsrat Thomas Wallner, der oberste Zivilschützer im Kanton Solothurn, betont: «Unser Umfeld ist der Wechsel, und wir müssen dafür offen sein. Nichts betrifft die Schweiz allein, aber alles kann die Schweiz auch betreffen.»

Handlungsspielraum gewähren

«Diejenige staatliche Ebene, die am besten dazu geeignet ist, soll entsprechende Aufgaben lösen. Aber dann ist ihr auch der nötige Handlungsspielraum zu gewähren», sagte Ulrich Bucher, Gemeindepräsident und alt Kantonsrat, der Präsident des SOZSV, aus dem natürlich auch der gewiefte Politiker sprach. Er ortete Widersprüche im Bericht Brunner: «Wenn die Kantone für die Sicherung der Existenzgrundlagen zuständig sein sollen, dann müssen sie und nicht der Bund die Sollbestände festlegen. Es dürften sich Unterschiede z. B. zwischen Alpengebiet und Mittelland, Stadt und Land ergeben. Zwei Argumente, die generell gegen den Zivilschutz eingesetzt werden, zerpflückte Bucher entschieden: das der Einsatzhäufigkeit und jenes zugunsten kleiner, professioneller Nothilfeorganisationen. Zum ersten: Obwohl er noch nie einen schweren Unfall zu beklagen gehabt habe, werde er weiter ein Auto mit ABS und Airbags fahren. Oder: Die Solothurner Feuerwehren mit ihren 4888 Männern und Frauen, die mit Recht stolz auf ihre Leistungen sein

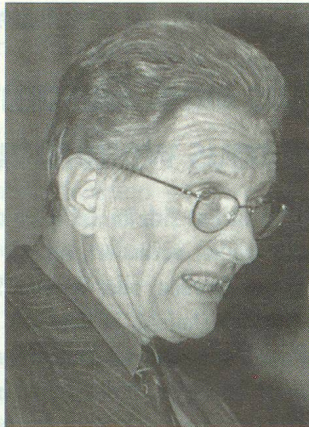


Ein angeregtes Gespräch in entspannter Runde (v.l.n.r.): Hauptreferent an der GV des SOZSV Hans Bachofner, Kantonsratspräsidentin Elisabeth Schibli, BZS-Direktor Paul Thüring, SOZSV-Präsident Ueli Bucher und Ulrich Isch, Präsident des Verbandes der Solothurnischen Einwohnergemeinden und des entsprechenden schweizerischen Dachverbandes.

FOTOS: M. A. HERZIG



**Dr. iur. Hans Bachofner,
Divisionär und Chef
operative Schulung a. D.:**
«Wir sollten nicht
übermütig werden und
uns von Interventionismus
aus idealistischen Gründen
fernhalten.»



**Regierungsrat
Thomas Wallner:**
«Unser Umfeld ist der
Wandel – für ihn müssen
wir offen sein.»

dürften, hätten bei all ihren Einsätzen (von der Brandbekämpfung bis zum Einfangen von Bienenschwärmen) ziemlich genau 16 Vollzeitpersonen geleistet. Kleine Berufsfeuerwehren würden ein Mehrfaches kosten: beim Zivilschutz sähe die Rechnung nochmals ungünstiger aus.

Nicht Bestandes-, sondern Ausbildungsfrage

Das und die Notwendigkeit, bei flächen- deckendem Infrastrukturausfall auch genügend «Menschenmasse» für Handarbeiten zur Verfügung zu halten, spreche eindeutig für Milizorganisationen. «Wer diese

Meinung teilt, muss aber die Nachteile der Miliz akzeptieren. Die Frage der Bestände steht deshalb nicht im Zentrum, sondern diejenige, wie viele Leute wir noch ausbilden und wie tief. Diese Leute müssen aber eingeteilt sein.» Unter Applaus schloss Ueli Bucher: «Es geht nicht um Besitzstandswahrung. Wir wollen eine den bestehenden Risiken entsprechende Nothilfe zugunsten unserer Bevölkerung sicherstellen – nicht mehr, aber auch nicht weniger.»

Vielfältige Bedrohungen

Dass es noch immer und vor allem neue Bedrohungen gibt, legte Dr. iur. Hans

Bachofner, früher Chef operative Schulung, in einem fesselnden Referat dar. Wir leben, wie sich Bachofner sehr pointiert ausdrückte, in einer neuen Weltordnung, einer Art «pax americana», darin sei Europa, das zu schnell zuviel wolle, kein global player, und wie lange die Klammer Nato noch halte, sei ungewiss. Dies in einem Umfeld, das Bedrohungen in Form von asymmetrischen Kriegen, Privatarmeen in Afrika und auf dem Balkan, Massenvernichtungswaffen (Chemie- und Biowaffen) als Mittel schwacher Staaten und des Terrorismus kennt.

Weiter gelte es, eigentliche Informationskriege nicht ausser acht zu lassen, und selbst Bürgerkriege anderer Nationen, ausgetragen auf Schweizer Boden, seien nicht leichtfertig ins Reich der Utopie zu verweisen. Er warnte vor Interventionismus aus idealistischen Gründen und somit vor der Vermischung ordnungspolitischer Einmischung mit unparteiischer humanitärer Hilfe an Leidende. Hans Bachofner warnte weiter davor, sich der Schutzmittel zu entledigen und auf das staatliche Machtmonopol zu verzichten. Auch er war der Ansicht, dass aufgrund solcher Erkenntnisse und Überlegungen ein erneuertes, ein um-, aber nicht a priori abgebauter Zivilschutz notwendig sei. ▣

Der VSOC ZSO tagte in Solothurn

Werhaltung und Werterhaltung

mhs. Weit über die Hälfte der Mitglieder des Verbandes Solothurnischer Chefs von Zivilschutz-Organisationen (VSOC ZSO) fand sich zur Generalversammlung im Museum Altes Zeughaus in der Kantonshauptstadt ein. Dies ist einerseits zurückzuführen auf den Schwung, der in den Verband zurückgekehrt ist, andererseits auf die Situation, die durch die voreilige, um nicht zu sagen mutwillige Veröffentlichung von Teilen des Brunner-Berichtes entstanden war.

Am sinnentstellenden Inhalt und der Interpretation von Zahlen, die im Bericht der Kommission Brunner gar nicht enthalten waren, konnte recht eigentlich die Werhaltung verschiedener Exponenten gegenüber dem Zivilschutz abgelesen werden. Eine solche massive Reduktion hätte praktisch die Auflösung des Zivilschutzes

bedeutet, ohne dass vorher realisierbare Vorschläge zu dessen Ersatz gemacht worden wären. Das war die Situation, der sich die Chefs ZSO seit Anfang des Jahres auch im Kanton Solothurn gegenübersahen. Das ging ganz klar aus den Diskussionen rund um die GV's der Solothurner Verbände an diesem Freitag, 27. März, hervor, besonders natürlich beim VSOC ZSO.

Werterhaltung hat Vorrang

Rolf Gunziger (Solothurn), der Präsident des VSOC ZSO, legte denn auch das Schwergewicht seiner Ausführungen auf die Werterhaltung und den vermehrten Informationsbedarf. Es gelte, den Schutzdienstpflichtigen zu vermitteln, dass noch immer ein Auftrag für den Zivilschutz bestehe, der insbesondere der Vorsorge für den Katastrophenfall gelte. Er wolle zuerst klare Formulierungen bzw. Forderungen, das heisst einen neuen Auftrag sehen, bevor mit dem weiteren Reduzieren begonnen werde – die ZSO Solothurn/Feldbrunn-St. Niklaus zum Beispiel hat mit dem ZS 95 seine Bestände fast halbiert. Mit gezielter weiterer Ausbildung vorab der Elemente H+1 und H+6 sei quasi der innere, mit der Wartung von Anlagen und Schutz-

räumen der materielle Wert zu steigern bzw. zu erhalten.

Flexibel Synergien nutzen

Rolf Gunziger betonte, man müsse noch vermehrt Synergien finden und nutzen, sei dies bei der Personalauswahl (ETRs) oder -ausbildung: ausbilden, wer noch längere Zeit schutzdienstpflichtig sei und am ehesten mit einem Einsatz rechnen könne. Mit Kompetenzdelegationen an die Kantone seien die Probleme nicht gelöst, es finde hauptsächlich eine Kostenverschiebung statt. Diese Themen nahm auch Willy Wyss, der Vorsteher der kantonalen Zivilschutzverwaltung, auf – es gehe nicht an, dass jetzt jeder Kanton sein eigenes Züglein fahre. Er rechne zudem mit Übergangsbestimmungen auf Beginn des kommenden Jahres. Der Informationsgewinnung und -vermittlung gilt auch in diesem Jahr das Hauptaugenmerk des VSOC ZSO: «Information – ein permanenter Auftrag» heisst eine der Veranstaltungen. Der Verband ist bestrebt, den ganzen «geographisch komplizierten» Kanton gleichmässig abzudecken; mit der Zuwahl von Markus Wenger (Dulliken) sind nun alle Regionen im Vorstand vertreten. ▣



THURGAU

Charles Raedersdorf
sprach an der Mitgliederversammlung
des Zivilschutzverbandes Thurgau

Die Realität eines Einsatzes kann niemals geübt werden

«Es besteht immer wieder die Gefahr, dass internationale Politiker humanitäre Organisationen als politisches Instrument einsetzen», erklärte Charles Raedersdorf, Delegierter für humanitäre Hilfe und Chef des Schweizerischen Katastrophenhilfekorps, vor den Mitgliedern des Zivilschutzverbandes Thurgau. Diese versammelten sich am 2. April unter dem Vorsitz ihres Präsidenten Bruno Lüscher in Weinfelden anlässlich ihrer diesjährigen Mitgliederversammlung und wählten mit Alfred Jung, Peter Künzle und Elmar Bissegger drei neue Vorstandsmitglieder.

WERNER LENZIN

Dem Zivilschutz und den Rettungs- und Katastrophenorganisationen kommt laut Charles Raedersdorf ein grosser Stellenwert zu. Die Tatsache, dass sich die Menschheit in den letzten Jahren verdoppelt hat und die 7-Milliarden-Grenze bald erreicht haben wird und jeder siebte Mensch leiden muss, setzte Raedersdorf an den Anfang seiner Ausführungen.

Katastrophen haben sich verdoppelt

In den vergangenen 5600 Jahren haben auf der Erde gemäss Raedersdorf 15 000 Kriege stattgefunden, momentan sind 55 bewaffnete Konflikte aktuell, und über 50 Millionen Menschen haben ihr Zuhause verloren. Zudem haben sich die Naturkatastrophen innerhalb der letzten zehn Jahre verdoppelt. Aus dieser Situation heraus hat die humanitäre Hilfe der Eidgenossenschaft eingesetzt. Sie unterstützt nicht nur ihre Partnerorganisationen, sondern die betroffenen Menschen insbesondere mit Nahrungsmitteln und Finanzen und ist vor allem tätig in den vier Bereichen Prävention, Rettung, Überleben und Wiederauf-

bau. Das Instrument «humanitäre Hilfe» kostet – so Raedersdorf – jede Steuerzahlerin und jeden Steuerzahler durchschnittlich 50 bis 60 Franken im Jahr. Die humanitäre Hilfe, deren Tätigkeit sich auf über 80 bis 90 Länder erstreckt, hat den Auftrag, im Fall von kriegerischen Auseinandersetzungen oder Naturkatastrophen menschliches Leben zu erhalten und Leiden zu mildern.

Das Spektrum der humanitären Hilfe ist gemäss Raedersdorf in der heutigen Zeit enorm grösser geworden als 1973, als die Institution von Arthur Bill ins Leben gerufen wurde. Der schwarze Kontinent beansprucht alleine die Hälfte der Hilfe, und von den heute insgesamt 15 000 Korpsmitgliedern kann ein Drittel jederzeit eingesetzt werden. Auch die Anforderungen an

das Korps sind in den vergangenen 25 Jahren enorm gestiegen, und Raedersdorf ist überzeugt davon: «Der Helfer ist zu einem humanitären Manager geworden, der im Einsatzgebiet selbständig handeln und überdurchschnittliche Fähigkeiten aufweisen muss und verschiedene Kulturen kennt.» Dazu gesellt sich aber auch diplomatisches Verhandlungsgeschick und das dauernde Anpassen des Korps an die Umwelt- und Umfeldbedingungen.

220 Millionen Franken jährlich

Wie Raedersdorf weiter zu berichten wusste, verzeichnete man in den vergangenen 25 Jahren 3000 Einsätze von Schweizern im Rahmen der humanitären Hilfe. Heute sind 82 Helferinnen und Helfer in 25 Ländern im Einsatz. Auch inskünftig will man im Korps den Milizgedanken beibehalten. Von den jährlich 220 Millionen eingesetzten Franken entfallen 65 Millionen auf das Schweizerische Rote Kreuz und der Rest auf die humanitäre Hilfe. Somit entfallen 0,5 Prozent der gesamten Bundesausgaben auf die humanitäre Hilfe, welche unter anderem auch 50 000 Tonnen Nahrungsmittel weltweit einsetzt «Schlimm ist, dass oftmals die Würde der Opfer zu wenig beachtet wird», sagte Raedersdorf und veranschaulichte mit eindrucklichen Bildern die vielfältigen Einsatzbereiche des Schweizerischen Katastrophenhilfekorps. «Wir bringen den Menschen nicht den Fisch, sondern das Fischernetz, damit sie wieder fähig werden, sich selbst zu ernähren», schloss Raedersdorf seine Ausführungen und unterstrich die Wichtigkeit der seit neun Jahren existierenden «Rettungskette Schweiz», welche viel zur wichtigen Erledigung der vier Auftragsphasen Prävention, Rettung, Überleben und Wiederaufbau beiträgt. ▣

Präsident Bruno Lüscher tritt 1999 zurück

le. Im Rahmen der statutarischen Geschäfte stimmte die Versammlung einstimmig der von Kassier Alfred Pirotta vorgelegten Jahresrechnung zu. Diese weist einen Vorschlag von rund 1000 Franken aus. Das Budget 1998 rechnet mit einem Rückschlag, dies weil der Kantonsbeitrag entfällt und anlässlich der Delegiertenversammlung aufgrund einer angebotenen Schifffahrt mit Mehrkosten gerechnet werden muss. In seinem Jahresbericht bezeichnet Präsident Bruno Lüscher, der an der Mitgliederversammlung 1999 zurücktreten wird, den Zivilschutz als zwingenden Teil eines Sicherheitsverbundes auf unterster Stufe, der zum Wohle der Gemeinde sein müsse. «Wie und in welcher Form, soll letztlich auf dieser Stufe anhand der eigenen Bedürfnisse beziehungsweise des gemeindebezogenen «Katachecks» festgelegt werden», betonte Lüscher. Für ihn ist es wichtig, dass sich die Verbände in den nächsten Jahren vermehrt mit dem Gedanken eines Sicherheitsverbundes auseinandersetzen. Für die drei zurücktretenden Vorstandsmitglieder Maria Hardegger, Peter Brugger und Franz Staubli wählte die Versammlung einstimmig Alfred Jung, Peter Künzle und Elmar Bissegger, Gemeindegammann von Matzingen, in den Vorstand. Es ist vorgesehen, dass letzterer im kommenden Jahr von Bruno Lüscher das Präsidium übernehmen wird.

■ BERICO AG ■ SÜDSTR. 22
■ 8172 NIEDERGLATT
■ TEL. 01 851 52 52



Schutzraumeinrichtungen Fabrikation & Verkauf

«Ihr Partner für alle Fragen
rund um Zivilschutzeinrichtungen»

■ TORE ■ FERTIGTEILE ■ METALLBAU ■ SCHUTZRAUMTECHNIK